

Kerngedanken zur Sicherheitspolitik

Autor(en): **Kuster, Matthias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69304>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

tergebenen», sagten uns unsere militärischen Lehrer. Man könnte auch sagen, die Politik verliert die Zeit der Armee.

Und noch etwas, liebe Politiker und Armeeverwalter: Entmythologisiert endlich das Thema «Milizarmee». Der Tatbeweis wurde in der Armee 61 erbracht, Milizverbände können Höchstleistungen erbringen! Ihr könnt mit umfangreichen Analysen zeigen, was Profiarmeen zu leisten im Stande sind und dabei vielleicht (aber nur vielleicht!) sogar Recht haben. Ihr könnt sogar meinen, wir könnten uns eine Profiararmee auch finanziell leisten. Vergesst es! Die schweizerische Bevölkerung enthält nicht annähernd so viele Anwärter, für welche Armeegröße auch immer, in der Qualität wie sie gebraucht würden, die eine Anstellung in einer Profiararmee einem Platz in der Wirtschaft vorziehen würden. Wenn ihr euch nicht blamieren wollt, so hört auch mit dieser Zeitverschwendung auf und legt das Thema «Profiararmee» zu den Akten.

Die Armee XXI hat aus dieser Sicht heraus eine Struktur, die sicher nicht «allzu falsch» ist. Sie stellt eine logische Fortentwicklung der Armee 95 dar. Auch diese war nicht nur «nicht allzu falsch» aufgebaut, sondern sogar eine kluge Reaktion auf die Veränderung der damaligen strategischen Lage. Die Armee 95 war von Anfang an als Übergangslösung vorgesehen. Das Desaster stellte sich mit dem Konzept «Ausbildung 95» ein und hat nichts mit der Armee 95 an sich zu tun. Die Armee 61, die «Grande Armee», schliesslich hat bewiesen, dass wir können, wenn wir nur wollen.

Von «Unsicherheit an der Spitze der Armee» sprach derselbe Nationalrat während der vorerwähnten Fernsehsendung. So weit haben wir es gebracht! Die Unsicherheit bezieht sich derzeit primär auf die politischen Vorgaben und nicht auf die Spitze der Armee.

Wenn nun also im oben aufgezeigten Entscheidungsprozess schon so viel Zeit verloren worden ist und auch eine einvernehmliche Lösung noch in weiter Ferne liegt, so darf es nicht wundern, wenn die Armee in ihrer mentalen und Ausbildungssubstanz akut gefährdet ist. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die heutige Armee XXI, in der Überzeugung, dass sie nicht allzu falsch ist, aus der Abhängigkeit von diesem Entscheidungsprozess abzukoppeln, bis die Politik weiss, was sie will. Die Armee soll die Kompetenz erhalten, solange selber Einsätze zu definieren und zu üben, ohne ständig deren Opportunität überprüfen zu müssen, selbst mit dem Wissen, dass dieses Einsatzspektrum einmal, vielleicht sogar abrupt, geändert werden kann. Eine auf diese Weise gut geübte Truppe ist auch motiviert. Eine funktionstüchtige Armee kann auch schnell umgepolt werden. Offiziere, welche motiviert aus Kursen und Schulen ins Wirtschaftsleben zurückkehren, werden von eben dieser Wirtschaft auch eher wieder der Armee zur Verfügung gestellt. Doktrinfagen sollen zunächst innerhalb der Armee von Fachleuten diskutiert und entschieden werden, solange die Politik nicht gemeinsam getragene und nachhaltige Lösungen erarbeitet hat. Dies ist zwar offensichtlich unsystematisch, aber der einzige Weg in den jetzigen Zeiten grosser Unsicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit, sprich Kriegstüchtigkeit, auf Vorrat sozusagen, aufrecht zu erhalten. Aber auch die einzige Möglichkeit, den Chef der Armee nicht immer wieder zu zwingen, zu Fragen Stellung nehmen zu müssen, die eigentlich die Politik schon längst hätte beantwortet haben sollen.

Der Begriff «Armee» soll wieder nur für das verwendet werden, für den er geschaffen wurde, und nicht als Gefäss, in welches man alle Unsicherheiten und Besserwissereien hineinprojizieren darf, ohne Verantwortung übernehmen zu müssen. Insbesondere ist er abzugrenzen zu dem, was wir «Verwaltung» nennen. So ist z. B. nicht die Armee für die nicht funktionierende Informatik verantwortlich usw. Eigentlich sollte die Armee auch definieren müssen, was für eine Verwaltung sie sich leisten will und nicht umgekehrt! Hat man sich schon einmal überlegt, dass wir uns umgerechnet pro Armeediensttag grössenordnungsmässig dazu noch einen weiteren Verwaltungstag leisten? Hier könnten sich Planer einmal überlegen, ob man nicht unsere Armee mit höchstens Zweidrittel der Beschäftigten ebenso gut verwalten könnte wie heute, dies um so mehr, als in der Zahl von heute immer noch zirka 12000 Voll-

beschäftigteinheiten die ehemaligen Rüstungsbetriebe schon nicht mehr enthalten sind, d. h. nur der so genannte «V-Bereich» und die Armasuisse. Fachleute für Unternehmensorganisation halten dies für realistisch, aber nur dann, wenn sich die Verwaltung nicht selber definieren darf. Allerdings wäre dann Sorge zu tragen, dass die Einsparungen finanziell der Armee zugute kämen und nicht der Verschleierung von Personalaufbauten in anderen Departementen. Dies wäre revolutionär! Wie heisst es irgendwo? «Nur das Einfache hat Aussicht auf Erfolg!» Beim 15-Milliarden-Projekt NEAT hat man sich auch nicht so kompliziert angestellt! Also!

Kerngedanken zur Sicherheitspolitik

Matthias Kuster, Oberstlt i GSt

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Kontroverse über die Sicherheitspolitik der Schweiz seien folgende Kerngedanken angebracht:

1. Das Konzept einer guten Sicherheitspolitik liegt darin, dass es nicht einseitig auf eine Bedrohung ausgerichtet ist, sondern den meisten (jedoch nicht allen) Eventualitäten Rechnung trägt. Einseitige Rezepte wie etwa Abschaffung der Armee oder rein autonome Verteidigung entsprechen dieser Anforderung nicht.

2. Bedrohungslagen können sich sehr rasch ändern. Die Geschichte lehrt, dass umwälzende Ereignisse plötzlich und unerwartet auftreten. Die Anschläge vom 11. März 2004 und vom 11. September 2003, der Ausbruch des Jugoslawien-Konfliktes Anfang der 90er-Jahre, der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 oder der Ausbruch der Französischen Revolution 1789 belegen dies. Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik muss diesem Umstand Rechnung tragen: Mit Vorwarnzeiten von zehn und mehr Jahren darf daher nicht gerechnet werden.

3. Das wichtigste Instrument der Sicherheitspolitik ist die Armee, denn nur diese ist in der Lage, einem Angreifer wirksam entgegenzutreten und damit das Land zu schützen.

4. Die Armee ist primär auf die gefährlichste, nicht auf die wahrscheinlichste Bedrohung auszurichten. Terroristen und organisierte Kriminelle konnten bis heute kein funktionierendes Land in seiner Existenz gefährden, ausländische Armeen dagegen sehr wohl.

5. Die gefährlichste Bedrohung ist ein konventioneller Angriff auf die Schweiz. Hauptauftrag der Schweizer Armee muss daher die Verteidigung sein und bleiben. Die Bekämpfung der Gefahren durch Terrorismus, organisierte Kriminalität usw. ist primär Sache der Polizei und nicht der Armee. Diese ist nur dann beizuziehen, wenn die Mittel der Polizei nicht ausreichen (Prinzip der Subsidiarität).

6. Das Konzept Sicherheit durch Kooperation, das heisst, Zusammenarbeit mit Verbündeten im Verteidigungsfall, trägt den sicherheitspolitischen Bedürfnissen der Schweiz gebührend Rechnung. Das Konzept ist aber mit Unsicherheiten belastet. Carl von Clausewitz warnt in seinem Werk «Vom Kriege»: «Niemand wird man sehen, dass ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene» (8. Buch, 6. Kap. A). Das Verhalten verschiedener NATO-Mitglieder vor dem Irakkrieg 2003 belegt die unveränderte Gültigkeit dieser Aussage. Die Schweiz muss also damit rechnen, im Verteidigungsfall den Kampf allein führen zu müssen, wenn keine Verbündeten gewonnen werden können.

7. Sicherheit hat ihren Preis. Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik ist nie billig oder gar gratis zu haben. Es gilt auch hier: Wer heute nicht investiert, geht morgen möglicherweise unter.